



<https://biz.li/2yu3>

# FLAGGENTAG FÜR DEN FRIEDEN MAHNT ZUR ATOMAREN ABRÜSTUNG

Veröffentlicht am 03.07.2023 um 17:49 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Hunderte Städte des weltweiten Netzwerkes "Mayors for Peace" werden am kommenden Sonnabend, 8. Juli 2023, gemeinsam ein sichtbares Zeichen gegen Atomwaffen setzen. Nicht nur vor den Rathäusern, auch vor dem Regionshaus in Hannover wird die Flagge der "Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden" gehisst: Es zeigt eine weiße Taube auf grünem Grund. Mit dem Flaggentag am 8. Juli erinnern die Städte und Gemeinden an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, das am 8. Juli 1996 veröffentlicht wurde. In dem Gutachten mahnt der Internationale Gerichtshof die völkerrechtliche Verpflichtung an, "in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen." "Die 'Mayors for Peace' arbeiten weltweit daran mit, das Handeln der politischen Entscheidungsträger mit Blick auf die Verwirklichung einer friedlicheren, atomwaffenfreien Welt zu unterstützen", sagt Regionspräsident Steffen Krach. "Friedens- und Sicherheitspolitik müssen im 21. Jahrhundert mit den gegenwärtigen Bedrohungen neu gedacht werden. Dabei gilt es im Denken zu kultivieren, dass eine nukleare Abschreckung und moderne Friedenspolitik nicht zusammengehen. Wir brauchen multilaterale, tragfähige Lösungen, um eine sicherere und bessere Welt auch für unsere Kinder hier vor Ort zu schaffen." In diesem Jahr erheben auch junge Menschen ihre Stimme für den Frieden: "Hear our voices for peace", so lautet der Appell, den Jugendliche in Hannover im Rahmen der "Internationalen Jugendkonferenz für den Frieden in der Zukunft" erarbeitet haben. Aus den Städten Hiroshima, Bangkok, Blantyre, Bristol, Leipzig, Rouen und Poznań beteiligen sich ebenfalls Jugendliche mit bemerkenswerten Botschaften an der Aktion. Gegründet wurde die Organisation "Mayors for Peace" 1982 vom damaligen Bürgermeister der Stadt Hiroshima. 1991 wurde sie vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert. Mittlerweile haben sich dem Bündnis 7.772 Städte aus 163 Ländern und Regionen angeschlossen. Die "Mayors for Peace" setzen sich für den 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag ein und fordern weltweit die Regierungen auf, diesem Vertrag beizutreten. In dem Vertrag werden Atomwaffen ausdrücklich geächtet.